

Uns geht es darum, daß sich in Westdeutschland demokratische Verhältnisse entwickeln, in denen die Bürger ihr gesellschaftliches Leben selbst gestalten, damit dem gesellschaftlichen Fortschritt, wahrer Menschlichkeit, dem Frieden und der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten der Weg gebahnt wird. Dabei haben wir nie einen Zweifel daran gelassen, daß letztlich nur der Sozialismus auch in Westdeutschland die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit lösen kann.

Auf der 14. Tagung stellte unsere Partei noch einmal ausdrücklich fest, daß der Dialog zwischen der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik und der Arbeiterschaft Westdeutschlands, zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und den sozialdemokratischen Mitgliedern und Organisationen sowie mit den Werktätigen der CDU weitergeführt wird. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genosse Walter Ulbricht, erläuterte vor dem Berliner Parteikongress am 13. Februar 1967 diese Feststellung mit den Worten: „Der Dialog wird solange weitergehen, bis sich die Werktätigen über die Köpfe der SP-Minister hinweg über gemeinsames Handeln, für die gemeinsame Sache mit uns verständigen.“¹⁵ Der Inhalt des Dialogs konzentriert sich nach wie vor auf die drei Fragen:

1. Der Weg der demokratischen Veränderung und jeder Bändigung des Neonazismus und Militarismus in Westdeutschland. Denn das ist die Voraussetzung für ein friedliches Nebeneinander und Zusammenleben beider deutscher Staaten.

2. Die Sicherung des Friedens und die Herbeiführung der europäischen Sicherheit. Aber die Kernfrage der europäischen Sicherheit ist die Anerkennung der bestehenden Grenzen und die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik als gleichberechtigter Staat.

3. Was für ein Deutschland wollt ihr, sozialdemokratische Genossen, Arbeiter Westdeutschlands?

**Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland,
die Verschärfung seiner antagonistischen Widersprüche
und die Krise der Bonner Politik**

Unsere Partei hat auf dem VI. Parteitag festgestellt, daß die Grundlage für die aggressive und reaktionäre Politik des westdeutschen Staates die Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist. Sie hat in der vergangenen Periode der wissenschaftlichen Beobachtung und Analyse des

¹⁵ Neues Deutschland (B), 16. Februar 1967, Beilage, S. 11.